

GeRI: Die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative

Flexibilität, Sichtbarkeit, Kohärenz der Entwicklungspolitik im Rohstoffsektor

Entwicklungsfaktor extraktive Rohstoffe

Mehr als dreieinhalb Milliarden Menschen leben in rund 50 Entwicklungsländern, in denen **extraktive Rohstoffe (mineralische Rohstoffe, einschließlich Erdöl, Erdgas und Kohle)** mehr als 10 % zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragen. Damit sind sie **die wichtigste Einkommensquelle**.

Das seit 2004 deutlich gestiegene Rohstoffpreisniveau bietet diesen Ländern nun die Perspektive, Staatseinnahmen aus dem Rohstoffsektor für die eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung effektiv zu nutzen.

Die meisten dieser Länder haben diese Ressourcen jedoch bislang nicht im Sinne der eigenen Bevölkerung genutzt. Gerade in den ärmsten Ländern der Welt führen Rohstoffe oft zu einem Fluch: Die Wirtschaftsleistung sinkt auf lange Sicht, Rentenwirtschaft und Korruption hebeln Rechtsstaat und demokratische Rechenschaftspflichten aus, fördern den Zerfall der staatlichen Ordnung, verschärfen oder verlängern teilweise sogar Konflikte. Wissenschaftliche Untersuchungen und Länder wie Botsuana, Chile oder Peru hingegen zeigen: Gute Regierungs- und Verwaltungsführung ist der Schlüssel zur Verhinderung des Rohstofffluchs und zur Nutzung von extraktiven Rohstoffen für nachhaltige Entwicklung.

Zwischen 1975 und 2005 verdoppelte sich die weltweite jährliche Rohstoffproduktion. Die globalen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen lassen für die folgenden 30 Jahre eine Fortsetzung dieses Trends erwarten.

Die extraktive Industrie investiert derzeit weltweit rund 200 Milliarden USD jährlich in neue Förderanlagen, rund die Hälfte davon in Entwicklungsländern. Bei anhaltender Nachfrage werden in den kommenden Jahren weiterhin hohe Investitionen in rohstoffreiche Länder fließen, auch in solche, die noch nicht oder nur in Teilen über die notwendigen gesetzlichen und institutionellen Voraussetzungen verfügen, um die Rohstoffgewinnung systematisch zum breitenwirksamen Vorteil der eigenen Entwicklung zu nutzen.

An diesem Punkt setzt die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative (GeRI) an.

Transparenz, klare gesetzliche Regelungen und leistungsfähige Institutionen sind wichtige Voraussetzungen für den Aufbau eines im globalen Markt konkurrenzfähigen Rohstoffsektors, der zum Motor für nationale Entwicklung werden kann.

Die GeRI

- ist das Instrument zur Umsetzung der *entwicklungspolitischen Strategie „Extraktive Rohstoffe“* des BMZ.
- ist das entwicklungspolitische Instrument zur Begleitung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung.
- dient der Konzeptentwicklung, Planung und Durchführung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf dem Rohstoffsektor.
- verfügt über ein vielfältiges Instrumentarium, operiert bedarfsorientiert und kann auch kurzfristig eingesetzt werden.

Grundsätze des GeRI Konzeptes sind:

- *Bedarfsorientierung und Flexibilität* bei der Zusammenarbeit mit den Partnerländern.
- *Sichtbarkeit* der deutschen EZ im Rohstoffsektor.
- *Kohärente Umsetzung* von Maßnahmen in Rohstoff-Kooperationsländern.

GeRI ist flexibel und bedarfsorientiert und soll kurzfristige Beratungen, etwa bei Vertragsverhandlungen, ebenso ermöglichen wie die Unterstützung langfristig angelegter Sektorreformen. Je nach Bedarf sind bilaterale oder auch regionale Maßnahmen möglich (s. Kasten oben). Dabei stehen die Weiterentwicklung des bestehenden Instrumentariums und die Verknüpfung von Ansätzen im Vordergrund.

Neben der gemeinsamen Umsetzung durch GIZ und BGR beabsichtigt GeRI dafür auch eine aktive **Einbindung der deutschen Wirtschaft**.

Handlungsfelder der GeRI

Rohstoffwirtschaft nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ...

... beinhaltet die transparente Verwaltung und Umsetzung des Bergrechts, einschließlich der Lizenzen, die Anwendung von Umwelt- und Sozialstandards, Bergsicherheit, die Beteiligungsmechanismen zur Einbindung der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse bei der Vorbereitung von Bergbauprojekten bis hin zu deren Schließung. Für die Förderung einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft sind ausgebildete Fachkräfte, Infrastruktur, der Aufbau einer Zulieferindustrie und der Ausbau von lokaler Wertschöpfung und Beschäftigung erforderlich.

Wesentliche Voraussetzung für eine Rohstoffwirtschaft nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ist auch die Wahrung der Menschenrechte, im Betrieb und im Umgang mit der von der Rohstoffgewinnung betroffenen Bevölkerung.

In Ländern, in denen die Rohstoff Erlöse der Finanzierung bewaffneter Auseinandersetzungen dienen, können transparente Handelsketten konflikteindämmend wirken.

Transparente und leistungsfähige öffentliche Finanzsysteme

Die langfristige Nutzung der Rohstoffproduktion als staatliche Einnahmequelle ist mit großen Herausforderungen verbunden. Zur Nutzung ihrer Potenziale und zur Eindämmung von Risiken ist die Förderung von transparenten und leistungsfähigen öffentlichen Finanzsystemen entscheidend. Leistungsfähige öffentliche Finanzsysteme im Rohstoffsektor umfassen sowohl eine für Staat, Gesellschaft sowie Unternehmen angemessene, effiziente und transparente Abgabenregelung als auch eine Staatshaushaltsführung, die den schwankenden Einnahmen aus dem Sektor Rechnung trägt, indem sie Preisrisiken besser absichert, den handelspolitischen Gefahren eines dominierenden Rohstoffsektors entgegenwirkt und Staatseinnahmen langfristig entwicklungsorientiert einsetzt.

Für die Förderung von Transparenz und guter Regierungsführung im Rohstoffsektor sind insbesondere die Kooperation mit Firmen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken, systemische Kapazitätsentwicklung in staatlichen Institutionen und die Stärkung des politischen Dialogs zentral.

Rohstoffreichtum ist nicht gleich Reichtum

Damit der Rohstoffreichtum eines Landes für die eigene Entwicklung genutzt werden kann, ist ein funktionierender Rohstoffsektor erforderlich.

Kernelemente sind ein klar geregeltes Bergrecht, Umwelt-, Sozial-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards, eine angemessene Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine langfristig stabile Abgabenregelung und ausreichende Infrastruktur.

Den Rohstoffsektor zu entwickeln erfordert daher einen rechtlichen Rahmen, funktionierende Fach- und Aufsichtsbehörden und Fachkräfte, sowohl für die staatlichen Aufgaben, als auch für die Unternehmen selbst.

Eines der größten Hindernisse ist dagegen Korruption. Im Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft im Rohstoffsektor ist die Transparenz im Umgang mit Lizenzen und Rohstoffeinkünften ein wirksames Mittel.

Rohstoffpartnerschaften flankieren

Deutschland bedient seinen Primärmetallverbrauch zu 100 % auf dem internationalen Markt und hat ein Interesse, die entwicklungspolitischen Partnerländer zu Wirtschaftspartnern zu machen. Zu diesem Zweck richtet die Bundesregierung Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Ländern ein.

Im Rahmen der GeRI flankiert das BMZ entwicklungs- politisch die Rohstoffpartnerschaften der Bundesregierung. Die Zielsetzung ist eine stärkere Verknüpfung von Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Eine aktive Kooperation mit der Privatwirtschaft im Rohstoffsektor durch Vermittlung (matchmaking) zwischen deutschen und lokalen Unternehmen, Aus- und Fortbildung und Förderung der unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung (Corporate Social Responsibility) wie etwa Regionalentwicklung, kommunale Fonds, Mikrofinanz, Berufsbildung, Gesundheit und Anbindung lokaler Wertschöpfungsketten ist der Ansatz mit dem die deutsche EZ dieses Ziel umzusetzen sucht, damit Privatinvestitionen im extraktiven Sektor entwicklungsorientiert in Wert gesetzt werden können.

Kontaktpersonen

Dr.-Ing. Markus Wagner: markus.wagner@giz.de
Dr. Sven Renner: sven.renner@bgr.de

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Dienstsitz Bonn
Friedrich-Eberth-Allee 40
53175 Bonn
Tel. +49 (0) 228 4460-0
Fax +49 (0) 228 4460-1766
info@giz.de
www.giz.de

Stand: 01/2013
GIZ und BGR sind für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)
Stilleweg 2
30655 Hannover
Tel. +49 (0) 511 643-0
Fax +49 (0) 511 643-2304
poststelle@bgr.de
www.bgr.bund.de

Im Auftrag des: Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat: Wasser; Energie; Stadtentwicklung; Geosektor